

SPD demokratischer pressediens

P'XXV'205

29. Oktober 1970

Die DDR und das Gespenst des Revanchismus

Ein ernstes Wort zu den wirklichen
"Realitäten"

Von Helmut Schmidt MdB
Bundesverteidigungsminister und stellv.
SPD-Vorsitzender

Seite 1 und 2 / 82 Zeilen

Das Thema von Frankfurt: Berlin

Zum Arbeitstreffen der Außenminister der
BRD und der UdSSR

Seite 3 / 39 Zeilen

Millionen-Betrügereien im EWG-Bereich

Harte Maßnahmen gegen Stehkragenkriminalität
dringend erforderlich

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB
Mitglied des Europäischen Parlaments

Seite 4 und 5 / 97 Zeilen

Die Opposition geriet aus dem Tritt

Auch in der Konjunkturpolitik weiter
ohne "Alternative"

Seite 6 und 7 / 62 Zeilen

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

"Gleiche Bildungschancen - Auftrag der
Demokratie"

Bundesfrauenkonferenz 1970 der SPD
in Nürnberg

Die DDR und das Gespenst des Revanchismus

Ein ernstes Wort zu den wirklichen "Realitäten"

Von Helmut Schmidt MdB

Bundesverteidigungsminister und stellv. SPD-Vorsitzender

Die DDR hat sich noch nicht aus dem Spinnwebgewebe ihrer eigenen Propaganda gelöst. Diese Propaganda hat drüben jahrelang gewirkt und den Charakter einer "self-fulfilling prophecy" angenommen. Sie hat unerhörte Vokabeln gezeugt, darunter, vor allem mit Stoßrichtung auf die Bundesrepublik, den Begriff des "Revanchismus".

Nach Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Vertrages sind die oft Üblen und ausfallenden Beurteilungen der Bundesrepublik in der sowjetischen Presse einer sachlichen und nüchterneren Betrachtung gewichen. Auch die führenden Männer in Moskau wählen heute andere Worte, wenn sie sich über die Bundesrepublik äußern; eine ähnliche Entwicklung können wir in anderen Staaten des Warschauer Paktes beobachten. Lediglich die DDR hat bisher die Sprache des Kalten Krieges weiterhin konserviert.

Ginge es nur um die nach außen hervorgekehrte Propaganda, so müßte man sich fragen, ob nicht die DDR dabei ist, sich mit vollem Bewußtsein von ihren Verbündeten zu isolieren. Es wäre an der Zeit, daß auch die DDR, die ja doch so viel von den gegebenen Realitäten spricht, sich daran machte, die Bundesrepublik Deutschland mit realistischen Worten zu beschreiben.

Dazu gehört vor allem, daß sie sich endlich eingesteht, daß der "westdeutsche Revanchismus" nichts weiter als ein Gespenst ist, das sie selbst erfunden hat. Dieser Spuk gehört in die Mottenkiste!

Noch aber spukt es. Der stellv. Verteidigungsminister der DDR, General Heinz Keßler, äußerte sich zum Abschluß des bedeutsamen, sehr aufwendigen Manövers "Waffenbrüderschaft" in einem Rundfunkinterview in einer Weise, wie sonstige führende Personen der DDR aus Anlaß dieses Manövers auch, nicht jedoch die Politiker und Militärs der anderen beteiligten Warschauer-Pakt-Staaten. Wörtlich sagte der General: "... wir wollen unsere Völker schützen vor allen möglichen Anschlägen der aggressiven Kräfte, die nach wie vor danach trachten, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen, d.h. die an uns, an

die sozialistischen Länder territoriale Forderungen stellen, die sich niederschlagen in ihrer revanchistischen Politik, wie wir sie jeden Tag in Westdeutschland erleben."

General Keßler weiß, daß er vor einem Popanz redet. Generalen sollte in aller Welt verboten sein, Scharfmacherei zu betreiben! Es gibt keine revanchistische Politik der Bundesrepublik. Die Bundesregierung ist mit allem Ernst und ohne Hintergedanken um Verständigung mit den Staaten des Warschauer Paktes bemüht. Sie verfällt dabei nicht in den Fehler, den einen gegen den anderen ausspielen zu wollen oder um die DDR herumgehen zu wollen. Sie will deren territoriale Integrität nicht antasten und ist bereit, die Unverletzlichkeit der europäischen Grenzen, wie im Moskauer Vertrag, so auch in den noch abzuschließenden Verträgen zu garantieren. Unser Staat erhebt niemandem gegenüber territoriale Forderungen. Wer anlässlich von Manövern vor den ihm anvertrauten Soldaten einen kriegslüsternden Feind an die Wand malt, dient dem Frieden nicht. Unsere Politik ist darauf gerichtet, den Frieden nicht nur zu erhalten, sondern ihn durch neue Elemente sicherer zu machen. Gewaltvertrichtsverträge sind ein erster geeigneter Schritt, danach müssen beiderseitige und gleichgewichtige Rüstungsbegrenzungen folgen.

Natürlich wissen wir, daß Aussöhnung und Verständigung nichts Selbstverständliches sind. Wir wissen, daß es viele Jahre dauern wird, ehe der jetzt eingeleitete Prozeß erfolgreich zum Abschluß kommen kann. Wie schwierig war es doch auch vor Jahren im Westen, und wie lange hat es im Westen gedauert, unter ehemaligen Kriegsgegnern gemeinsam die als richtig und gut erkannten Ideen zu verwirklichen! Um wieviel schwieriger ist es heute, mit unseren östlichen ehemaligen Kriegsgegnern ein von weniger Spannung und von mehr Vertrauen und schließlich vom Geist der Zusammenarbeit geprägtes Verhältnis zu erreichen! Die DDR-Führung läßt Salz in alte Wunden streuen - jeder weiß, daß dies die Heilung erschweren muß.

Es hat mit "Revanchismus" nichts zu tun, wohl aber mit Vernunft, wenn wir von der Erkenntnis ausgehen, daß der Friede nur dann gewahrt werden kann, wenn stetig und unabhängig von allen Versuchen der Verständigung das Kräftegleichgewicht erhalten bleibt. Die Sowjetunion hat dies sehr wohl zugestanden. Der deutsch-sowjetische Vertrag bestätigt doch in voller Absicht, daß der Vertrag über die Nordatlantische Allianz und unsere Mitgliedschaft darin wie auch in der WEU nicht beeinträchtigt werden sollen.

Anders kann es auch gar nicht sein. Im Gegensatz zu Leopold von Ranke können wir Heutigen nicht mehr "getrost dem Genius vertrauen, der Europa noch immer vor der Herrschaft jeder einseitigen und gewaltsamen Richtung beschützt".

+ + +

Das Thema von Frankfurt: Berlin

Zum Arbeitstreffen der Außenminister der BRD und der UdSSR

Noch haftet einer Begegnung der Außenminister der Bundesrepublik und der Sowjetunion der Hauch des Sensationellen an. Das Freitagvormittagstreffen Walter Scheels und Andrej Gromykos in der Nähe von Frankfurt/Main wird daher zur Spitzenschlagzeile der Tagespresse und zur Topmeldung des Fernsehens. Aber unübersehbar bewegt sich das Verhältnis zwischen Bonn und Moskau immer mehr und mehr in den Bereich der Normalisierung hinein, nachdem mit den Brandt-Kossygin-Unterschriften vom 12. August unter den deutsch-sowjetischen Vertrag die Türe für ein jedenfalls besseres Miteinanderleben weit geöffnet worden war. Das Frankfurter Arbeitsgespräch der beiden Außenminister ist eine bemerkenswerte Etappe auf diesem Weg, der sich, das wird man einkalkulieren müssen, noch weit ins Land hinauszieht. Aber man kann diesen Weg schneller begehen und schneller fahren, wenn beide Seiten das wollen, und damit verkürzen.

Das wird sich konkret schon in Frankfurt zeigen können, wenn Scheel und Gromyko bei ihrer außenpolitischen Rundumdiskussion vermutlich sehr schnell auf den zentralen Punkt Berlin zu sprechen kommen werden. Der altgediente Sowjetdiplomate hat soeben erst ausreichend Gelegenheit gehabt, die mit der Bonner Ansicht weitgehend übereinstimmenden Meinungen der Westalliierten zu diesem unter jedem Aspekt kardinalen Problem aus erster Hand zu hören, und er wird unmittelbar vor seinem Treffen mit Scheel in Ostberlin einen gerade in dieser Beziehung sehr bedeutungsvollen Kontakt mit der DDR- und SED-Führung gehabt haben. Die "Denkpausen" in Ostberlin und in Moskau werden ebenso wie in allen anderen Ostblock-Hauptstädten zweifellos zu dem Ergebnis geführt haben, daß man die Gesamtzusammenschau Gewaltverzichtskommen-Berlinregelung realistischer ins Kalkül zu ziehen hat, als das bisher der Fall gewesen sein mag.

Das Frankfurter Treffen, das zudem im unmittelbaren zeitlichen Vorfeld der Warschauer Vertragsverhandlungen liegt, bekommt also eine herausragende politische Bedeutung. Daß es möglich geworden ist, solche und ähnliche gewichtigen Probleme von internationalem Rang im Rahmen einer normalen deutsch-sowjetischen Arbeitskonferenz mit dem angepeilten Ziel zu erörtern, in offener, auf ein tragendes Vertragsverhältnis gestütztes Gespräch einer für beide Seiten akzeptable Regelung entgegenzuführen, das sollte beruhigen können.

+ + +

Millionen-Betrügereien im EWG-Bereich

Harte Maßnahmen gegen Stehkragenkriminalität dringend erforderlich

Von Ludwig Fellermaier SPD-MdB

Mitglied des Europäischen Parlaments

15 Millionen Schaden im süddeutschen Getreideskandal; Ausfuhrschwindeleien mit Reis, Betrügereien zu Lasten der EWG-Kasse; solche Überschriften, aus der Tagespresse zitiert, ließen sich beliebig lang fortsetzen.

Immer mehr werden die EWG-Marktordnung zum Tummelplatz gerissener Betrüger und Manipulanten. Millionen - Fachleute sprechen von über 100 Millionen DM jährlich in der EWG! - von Steuergeldern geraten so in die Hände einiger weniger obskurer Firmen. Aber auch ehrbare Handelsfirmen versuchen immer öfter, mit Manipulationen Lücken im EWG-Marktordnungssystem auszunutzen, um beim Export von Agrarprodukten höhere Erstattungen aus der EWG-Kasse zu erhalten.

Immer drängender stellt die Öffentlichkeit die Frage: Warum läßt man in Brüssel die Dinge treiben? Dieser Vorwurf gegenüber der EWG-Kommission ist nicht unberechtigt, denn bei dem Eifer der Kommission, einen gemeinsamen Agrarmarkt zu schaffen, feiert der Perfektionismus wahre Triumphe. Man fordert Im- und Exporteure zu Manipulationen geradezu heraus, die bekanntlich bei der Ausfuhr von Agrarprodukten Erstattungsprämien erhalten, während bei der Einfuhr eine Abschöpfung an der Grenze erhoben wird.

Wie sieht dies in der Praxis aus? Beim Reis werden - wie es im Anhang zur Verordnung der Kommission vom November 1969 heißt - feine Unterschiede zwischen den Reiskörnern nach Länge, Breite und beiden Verhältnisse zueinander gemacht. Davon hängt bei der Ausfuhr die Höhe der Erstattung ab. Die Erstattungssätze haben acht Differenzierungen zwischen 2,2 Rechnungseinheiten bis 10,2 Rechnungseinheiten je 100 kg. Dazu kommen noch fünf verschiedene Frachtzonen, für die es nochmals unterschiedliche Prämien bei der Erstattung gibt.

Ein zweites Beispiel: Bei der Ausfuhr von Schweinen aus der EWG wird zwischen Zuchtsauen und Hausschweinen unterschieden. Dazu heißt es dann in einer amtlichen Bekanntmachung der Bundesrepublik vom 17. Dezember 1969: "Die Eigenleistung und Mutterleistung, bzw. die Mutterleistung und die Leistungen beider Großmütter müssen mindestens den in § 1 der Dritten Durchführungsverordnung zum Tierzuchtgesetz über die Körung von Ebern und Ziegenböcken vom 25. Mai 1951 vorgeschriebenen Mindestanforderungen entsprechen. Zuchtsauen dürfen nicht öfter als dreimal geferkelt haben."

Die Liste volkswirtschaftlicher Kuriositäten aus EWG-Marktordnungen ließe sich beliebig fortsetzen. Noch ein letztes Beispiel: Die pharmazeutische Industrie verwendet bei der Pilleproduktion für Giasurzwecke Zucker. Dafür können solche Hersteller dann eine Erstattung aus dem EWG-Agrarfonds beantragen, wenn diese Pillen an Drittländer verkauft werden.

Noch ein Wort zu den Entfernungszuschlägen, die im Getrei-

deexport eine immer größere Rolle spielen. Wer in weit entfernte Länder liefert, erhält eine besondere Frachterstattung. Deshalb fällt auf, daß sehr oft Getreideexporte nach Spanien in den Frachtpapieren als Bestimmungshafen die Kanarischen Inseln angegeben haben. Für den Fiskus ist es sehr schwer, nach dem Auslaufen solcher Schiffe etwa festzustellen, wo die Ladung wirklich gelöscht worden ist. Auch der Vatikanstaat ist zu einem beliebten Lieferort für Agrarwaren geworden, denn auch dorthin gibt es Erstattungen.

Für den Politiker stellt sich die Frage, wie lange die EWG-Kommission in Brüssel zusehen will, daß die Marktordnungen durch Manipulationen und Betrügereien immer mehr in Verfall geraten und damit die Landwirtschaft ebenso diskreditiert wird.

Der EWG-Kommission ist vorzuwerfen, daß sie dies bisher auf die allzu leichte Schulter genommen hat. Kennzeichnend für ihre Haltung ist die Beantwortung einer Parlamentsanfrage im Jahre 1969: "Die Kommission beabsichtigt zur Zeit nicht, die Initiative zur Errichtung einer zentralen Untersuchungsstelle zu ergreifen, da es in erster Linie Aufgabe der nationalen Untersuchungsstellen ist, gegen betrügerische Praktiken vorzugehen."

Mit dieser Antwort versucht die Kommission die Verantwortlichkeit auf die Mitgliedsländer abzuwälzen, obwohl sich alle Rechtsexperten einig sind, daß der "EWG-Agrarschwindel" mit nationalen Mitteln allein nicht mehr zu bekämpfen ist. Das beste Beispiel dafür war die Butterfett-Affäre in Niedersachsen, bei der der Fiskus um 14 Millionen DM geschädigt worden ist. Beteiligt am Kreislauf der Ware über mehrere Staatsgrenzen, die einmal Butterfett, dann Mayonnaise, dann wieder Butterfett und zum Schluß wieder Mayonnaise wurde, waren eben nicht nur deutsche Firmen, die sich das Erstattungssystem dabei zu Nutzen machten, denn auch eine Absenderadresse in Palermo spielte dabei eine bedeutende Rolle. Dieses Beispiel macht schon deutlich, wie notwendig eine gemeinsame Untersuchungsstelle in der EWG ist.

Zusammenfassend muß festgestellt werden:

1/ Wir brauchen eine zentrale Untersuchungsstelle bei der EWG-Kommission zur Koordinierung der Bekämpfung betrügerischer Praktiken bei den Agrarmarktordnungen.

2/ Der EWG-Ministerrat muß eine ständige Sachverständigengruppe unter Beteiligung aller Zoll- und Finanzverwaltungen der sechs EWG-Länder einrichten, die regelmäßig tagt, gemeinsame Vorschläge erarbeitet und den Regierungen übermittelt.

3/ Für Betrügereien in diesem Bereich müssen einheitliche Strafbestimmungen in der EWG geschaffen werden, damit nicht in einem Land etwas Betrug ist, was im anderen Land nur als Ordnungswidrigkeit geahndet wird.

4/ Die EWG-Kommission muß endlich konkrete Vorschläge zur Bekämpfung dieser Art von Stehkragenkriminalität im Bereich der Marktordnungen dem Ministerrat und dem Europäischen Parlament vorlegen.

Solche Maßnahmen sind angesichts der Erweiterung der EWG dringender denn je, denn die EWG-Agrarmarktordnungen dürfen sich durch solche Betrügereien und Manipulationen nicht länger zum Millionengrab für die europäischen Steuerzahler entwickeln.

Die Opposition geriet aus dem Tritt

Auch in der Konjunkturpolitik weiter ohne "Alternative"

Am 28. Oktober verkündeten die Wirtschaftsexperten der CDU/CSU, Dr. Müller-Hermann und Dr. Pohle, "Thesen" ihrer Parteien zum "Bereich der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik". Gesamteindruck der Veranstaltung: Die Opposition ist in die Defensive geraten.

Fast ein Jahr konnten die Unionsparteien das Handicap jedes Versuchs, Konjunkturpolitik der Öffentlichkeit verständlich zu machen, für sich nutzen. Dieses Handicap besteht darin, daß die Öffentlichkeit die Konjunkturpolitik immer nach der augenblicklichen Lage beurteilt, während jede konjunkturpolitische Maßnahme Zeit braucht. Die Konjunkturpolitik von "heute" kann immer nur auf der Grundlage einer Prognose für "morgen" beurteilt werden.

Die CDU/CSU hat schon kurze Zeit nach der Aufwertung lautstark nach den Erfolgen gefragt. Sie stimulierte in der Öffentlichkeit Erwartungen von der Steuervorauszahlung, noch ehe eine einzige Mark bei der Bundesbank eingezahlt war. Die CDU/CSU hat den "Lag" zwischen Konjunkturmaßnahme und Ergebnis, das Nachhaken der Wirkung, mit einem Feuerwerk von Propaganda überspielt. Sie hat rücksichtslos mit den Daten des Tages Politik gemacht.

Jetzt ist diese Strategie zusammengebrochen. Zeichen der Entspannung sind sichtbar geworden. Die Prognose der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute bestätigt die Haushaltspolitik der Bundesregierung. Die Glaubwürdigkeit der Kampagne der CDU/CSU sank rapide ab. Überall im Land wird die Opposition gefragt, was sie in der jetzigen Situation anders machen würde. Und: An über 1.000 Schulen, Krankenhäusern, Straßen, Kindergärten u.a. öffentlichen Institutionen kleben zurzeit 50.000 Plakate der Aktion "Mehr Geld für den Fortschritt" mit dem Aufmacher: "Diese Schule könnte nicht gebaut werden, wenn es nach der CDU/CSU ginge. Denn sie sagt Nein zum Bundeshaushalt '71. Nein zu den Reformen."

Auf diese Vorwürfe versuchten Dr. Müller-Hermann und Dr. Pohle zu reagieren. Die Antwort der beiden auf die Frage nach

den "Alternativen" war ohne Inhalt. Mit Leerformeln - vergleiche Punkt 3 der CDU/CSU-"Thesen": "Die CDU/CSU will eine andere Politik als die gegenwärtige Bundesregierung betreiben, indem sie Stabilität, Seriosität und Solidarität zur Richtschnur ihres Handelns macht" - wurde die Öffentlichkeit abgespeist. Die CDU/CSU hat wieder nicht klar gesagt, wie und wo sie den Haushalt 1971 kürzen würde. Sie hält es auch hier mit dem beliebten Bauchladen-Verfahren, das sie schon bei der Steuervorauszahlung angewandt hat. Kritischen Zeitgenossen gegenüber wird erzählt, man sei ja nicht gegen die Steuervorauszahlung und man sei ja für mehr öffentliche Leistungen. Aber draußen im Land werden die Unkritischen hochgeputzt: Mit den Behauptungen, die Regierung habe die Steuern erhöht und die bösen Roten wollten über die Ausweitung des Staatshaushalts das arme deutsche Land sozialisieren.

Es gab noch einen dritten Schwerpunkt in der Erklärung der beiden Unionexperten: "Wirtschaftspolitik müsse wieder Ordnungspolitik sein." Wie unredlich die Opposition arbeitet, geht schon aus dem ersten Abschnitt dieses Kapitels hervor, denn dort heißt es: "Die deutsche Öffentlichkeit und speziell die deutsche Wirtschaft werde durch sozialistische Experimente im eigenen Land und in unserer Umwelt zunehmend verunsichert." Wenn man dann weiterliest, erfährt man, daß es sich bei diesen "sozialistischen Experimenten" um die "programmatischen Erklärungen" von Jungsozialisten und Jungdemokraten handle. Außerdem um "Bestrebungen", um "Liebäugeln" und um "Forderungen" einzelner Gruppen. All dies sind schon "Experimente im eigenen Land".

Hinter dieser Angstmacherei verbirgt die Union ihre Weigerung, die Marktwirtschaft der Bundesrepublik zum Wohle aller zu verbessern. Sie wird bei der Reform des Kartellgesetzes noch Gelegenheit haben, hinter Phrasen das wahre Gesicht zu zeigen.

Albrecht Müller